

Angesichts der hier eindeutig belegten geringen sozialpolitischen Reformfähigkeit des Wilhelminischen Reiches haben mehrere Rezensenten den Schluß gezogen, daß die Lageeinschätzung der sozialdemokratischen Linken realitätsgerechter war als die der reformistischen Rechten. Dies scheint durchaus berechtigt, auch wenn der Autor dieser für die Einschätzung der Vorkriegssozialdemokratie wichtigen Frage völlig ausweicht. Die Rückwirkung der zugespitzten Klassenkampfsituation vor dem Weltkrieg auf die Sozialdemokratie wird lediglich an den Reaktionen einzelner Vertreter (Legien, Heine, Südekum, Winnig, Hugo Heinemann, Ebert) illustriert, nicht aber systematisch ausgeleuchtet.

Für diesen Mangel scheint das methodische Vorgehen Sauls verantwortlich zu sein, das darauf beruht, das aufbereitete Quellenmaterial vor dem Leser auszubreiten und möglichst aus sich heraus sprechen zu lassen. Auf die Entwicklung eines gesamtgesellschaftlichen oder anderen sein Thema übergreifenden Bezugsrahmens verzichtet der Autor. Der Leser kommt leicht in die Gefahr, in der Masse des Materials zu versinken, zumal der Autor keine erleichternde Hilfestellung zur Einordnung seiner Ergebnisse (Einleitung, Zusammenfassung) oder Auffindbarkeit einzelner Teilaspekte (Tabellen, Untertitel) gibt. Obwohl §§ 152 und 153 der Gewerbeordnung im Mittelpunkt der Untersuchung stehen, werden sie an keiner Stelle im vollen Wortlaut zitiert. Die geschichtliche Entwicklung der Gewerbeordnung (Rechtsfähigkeit der Vereine) wird nicht in einer Einleitung vorangestellt, sondern bei der Behandlung der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine mitgeteilt (S. 36). Alle Zahlenangaben über Tarifverträge, Mitglieder, Streiks u. ä. sind im Text eingearbeitet, nicht aber in Tabellen zusammengefaßt (S. 61, 78, 100). Dadurch sind sie vielfach verstreut und kaum nachschlagbar. Dies sowie die ungünstige Anordnung der Fußnoten am Buchende machen das Buch nur schwer benutzbar und vermindern seinen Wert als Standardwerk.

Friedhelm Boll

Dankwart Guratzsch, *Macht durch Organisation. Die Grundlegung des Hugenbergschen Presseimperiums* (= Studien zur modernen Geschichte, Bd. 7). Bertelsmann Universitätsverlag, Düsseldorf 1974, 486 S., kart., 42 DM.

Wann immer in der Diskussion über Fragen bundesrepublikanischer Medienpolitik der Warnung vor den politischen Gefahren von Pressekonzentration und Meinungsmonopolen besonderer Nachdruck verliehen werden soll, fällt der Name Alfred Hugenbergs, der führenden Figur einer extrem nationalistischen Politik und Publizistik in den zwanziger Jahren. Es soll damit vornehmlich auf Hugenbergs Rolle als Promotor des deutschen Faschismus hingewiesen werden, dem er durch seine auf Zerstörung der Weimarer Republik gerichtete Politik und Propaganda den Boden bereitete, dem er seinen Propagandaapparat zur Verfügung stellte und dem er schließlich zum politischen Durchbruch verhalf. Während sich das politische und Forschungsinteresse der Nachwelt an Hugenberg – wie auch schon das seiner Zeitgenossen – primär auf die Jahre 1918 bis 1933 konzentrierte, in denen er unter anderem den Scherl-Verlag mit seinen einflußreichen Tageszeitungen und Zeitschriften, mehrere Holding-Gesellschaften, die einen Teil der Provinzpresse kontrollierten, das zweitgrößte deutsche Nachrichtenbüro, eine mächtige Anzeigenagentur und die Universum-Film AG (Ufa) beherrschte, beschränkt sich Dankwart Guratzsch in seiner Untersuchung auf die Zeit vor 1918 und gelangt zu dem Ergebnis, daß Hugenberg »den Zenith seines Einflusses« bereits in diesen Jahren erreicht hatte (S. 12).

Daß Hugenbergs Position in der Zeit vor und während des Ersten Weltkrieges bisher nicht erkannt worden ist, führt Guratzsch auf die von diesem entwickelte perfekte Art der Tarnung politischer Machtausübung und Einflußnahme zurück, die er mit dem Terminus »Organisation« umschreibt: ein nicht nur für Außenstehende, sondern auch für die direkt Beteiligten und Betroffenen unentwirrbares Gestrüpp von privaten, geschäftlichen, poli-

tischen, wirtschaftlichen und finanziellen Verbindungen und Abhängigkeiten, das lediglich Hugenberg zu durchdringen und für seine Ziele einzusetzen vermochte. Knotenpunkte in diesem Beziehungsgewirr stellten »Freundeskreise« (Guratzsch) dar, die Hugenberg sich auf den einzelnen Stationen seiner politischen und beruflichen Karriere schuf.

Konstanten politischen Rückhalt fand Hugenberg im Alldeutschen Verband, dessen führendes Gründungsmitglied er war (1891). Sein erstes berufliches Aktionsfeld in der Ansiedlungskommission für Westpreußen und Posen (1895) und später als Leiter des Verbandes Deutscher Genossenschaften in der Provinz Posen (1900) bot ihm Gelegenheit, sich im Sinne des Verbandsprogramms zu betätigen. Unter seiner Ägide wurden die Genossenschaften zu »Kampfinstituten« (Guratzsch) im wirtschaftlichen Nationalitätenkampf gegen Polen. Nach seinem Weggang (1903) setzten Mitglieder des inzwischen aufgebauten »Posener Freundeskreises« seine auf »Stärkung des Deutschtums« und Förderung des mittelständischen immobilien Besitzes gerichteten Bemühungen sowie deren propagandistische Untermauerung fort. Hugenberg selbst knüpfte in seiner neuen Position als Referent für Genossenschaftswesen und Ostfragen im preußischen Finanzministerium Beziehungen zur Ministerialbürokratie, die ihn, über die Verbindung mit dem »Posener Freundeskreis«, zur zentralen Figur einer Art »Nebenregierung« (Guratzsch) in der östlichen Ansiedlungspolitik machten.

Mit der Übernahme des Direktoriumsvorsitzes des Krupp-Konzerns im Jahre 1909 konnte Hugenberg seinen Aktionsradius beträchtlich erweitern. Er wurde in kurzer Zeit Vorsitzender der Vereinigung der Handelskammern des niederheinisch-westfälischen Industriebezirks, des Bergbauvereins und des Zechenverbandes, Vorstandsmitglied der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Mitglied des Ausschusses des Langnamvereins und Direktoriumsmitglied des Centralverbandes Deutscher Industrieller. Von diesen Schlüsselpositionen aus betrieb er den Aufbau eines »Freundeskreises« führender Industrieller, dessen Kern aus Emil Kirdorf (Generaldirektor der Gelsenkirchener Bergwerks-AG und Leiter des Rheinisch-Westfälischen Kohlen-Syndikats), Hugo Stinnes (Aufsichtsratsvorsitzender der Deutsch-Luxemburgischen Bergwerks- und Hütten-AG), Wilhelm Beukenburg (Generaldirektor der Phoenix-AG für Bergbau und Hüttenbetrieb) und ihm selbst bestand. Verbunden durch ihre gemeinsame politische Grundanschauung: expansionistisches Weltmachtstreben nach außen – Ablehnung jeglicher Liberalisierungs- und Parlamentarisierungstendenzen im Innern, sprengten die Mitglieder dieses »Viererausschusses« wie der »Gruppe Hugenberg« (Guratzsch) insgesamt in ihren Aktivitäten bald den Rahmen schwerindustrieller Verbandspolitik und wurden zum Motor sowohl der nationalen Sammlungspolitik gegen die Sozialdemokratie als auch der imperialistischen Kriegszielbewegung. In ihr gewann Hugenberg zunächst sogar die Unterstützung der um den Bund der Industriellen und die Nationalliberale Partei gruppierten Vertreter der verarbeitenden Industrie und der Banken für seine Losung, daß nicht die wirtschaftliche Abhängigkeit der deutschen Nachbarstaaten, sondern nur direkte Annexionen dem deutschen Sicherheits- und Weltmachtinteresse genügen könnten. Das Rückgrat der annexionistischen Kriegszielbewegung bildeten jedoch der von der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie beherrschte CDI, der Bund der Landwirte, der ADV, Teile der konservativen Parteien und Gruppen nationalistischer Hochschullehrer, die alle auch schon vor der Konstituierung der Deutschen Vaterlandspartei im Jahre 1917 von Hugenberg über sein weitverzweigtes Netz von Mittels- und Verbindungsmännern, wenn nicht zusammengehalten, so doch zumindest kontrolliert und indirekt gesteuert wurden.

Um ihren national- und wirtschaftspolitischen Forderungen auch publizistischen Rückhalt zu verschaffen, hatte Hugenberg zusammen mit einigen anderen Schwerindustriellen bereits vor dem Kriege mit dem Aufbau eines Meinungskonzerns begonnen, der schon 1918 nicht nur einzelne Zeitungen, Verlage und Filmgesellschaften umfaßte, sondern auch Annoncen-

und Nachrichtenbüros, Korrespondenzen und Fachberatungsstellen für sanierungsbedürftige auflagenschwache Zeitungen, die somit indirekte Einflußnahme auch auf dem Konzern nicht angehörende Organe erlaubten. Der minutiösen Darstellung dieses »Presseimperiums« in all seinen organisatorischen Verästelungen, seinen personellen Verknüpfungen und seinen finanziellen Verflechtungen ist der große Teil von Guratzschs Buch, das aus einer von Fritz Fischer betreuten Dissertation hervorging, gewidmet. Obwohl der Autor sich bemüht hat, durch die Verlagerung von Detailinformationen in die Anmerkungen und von Hintergrundmaterial in den Anhang den Text zu entlasten und diesen darüber hinaus durch thesenartige Zusammenfassungen zu strukturieren, stellt das Buch wegen der ungeheuren Masse der berichteten Einzelheiten einige Anforderungen an die Geduld des Lesers. Die Ausbreitung dieser Materialfülle erscheint dennoch gerechtfertigt angesichts der Vernachlässigung der Entstehungsgeschichte des Hugenberg-Konzerns in der bisherigen Forschung und der Tatsache, daß ein großer Teil der von ihm benutzten, aus zahlreichen staatlichen, privaten und Firmen-Archiven zusammengetragenen Dokumente erstmals ausgewertet wurde. Darüber hinaus bedingt der Untersuchungsgegenstand selbst eine gewisse Kompliziertheit und Unübersichtlichkeit der Darstellung. Denn die von Hugenberg über Jahrzehnte hinweg aufgebaute »Organisation« war kein klar gegliedertes Gebilde mit eindeutigen Weisungsstrukturen und Kompetenzabgrenzungen, sondern ein Konglomerat von Presse-, Siedlungs- und Finanzierungsgesellschaften verschiedenster firmenrechtlicher Art, die durch persönliche Bekanntschaften und verbandspolitische Zusammenarbeit einzelner Anteilseigner miteinander verbunden waren und deren fixe Koordinaten die »Freundeskreise« bildeten. Bei Hugenberg selbst liefen alle Fäden zusammen, während der einzelne Gesellschafter seine Entscheidungen zwar weitgehend autonom traf und verantwortete, jedoch jeweils nur einen begrenzten Bereich überschaute und sich häufig der Integration in ein großes zusammenhängendes System gar nicht bewußt war.

Auf diese spezifische Art der »Organisation« führt Guratzsch die Tatsache zurück, daß Hugenergs Machtposition in der Vorkriegs- und Kriegszeit bisher nicht erkannt worden ist. Hinzu kam – und darin glaubt der Autor ein modernes Element an dem extrem konservativen Hugenberg zu erkennen –, daß dieser ebenso wie auch einige seiner engsten national- und wirtschaftspolitischen Mitstreiter aus der Schwerindustrie persönlich keine einzige Mark in die zahlreichen Unternehmungen investiert hatten, sondern die riesigen Summen, die ihren Einfluß mitbegründeten – Guratzsch setzt das Kapital, das Hugenberg und seine Freunde bis 1918 für politische und völkische Zwecke anlegten, auf 225 Mio. Mark an –, von Dritten beschafften, zu einem nicht unbeträchtlichen Teil von den Firmen, deren Angestellte sie waren. Guratzsch sieht in dieser Macht der Manager einen Gegenbeweis für die Auffassung, Privateigentum an Produktionsmitteln verschaffe auch politischen Einfluß, eine Argumentation, die nicht ganz überzeugt. Denn setzten Hugenberg, Kirdorf und Beukenburg auch nicht ihr persönliches Eigentum für die Realisierung ihrer politischen Ziele ein, so war es doch durch keine öffentliche Instanz kontrolliertes Kapital, über das sie fast uneingeschränkt verfügten.

Guratzsch unterstellt, daß Manager Entscheidungen allein unter den Gesichtspunkten von Sachlichkeit und Effizienz treffen, und leitet daraus eine grundsätzlich apolitische Haltung ab. Dieser schreibt er dann neben dem Verlust des Krieges letztlich auch das Scheitern der annexionistischen Kriegszielpolitik sowie des Kampfes gegen innenpolitische Liberalisierung zu. Während die politischen und wirtschaftlichen Exponenten der »herrschenden Schichten« sich mit einer gewissen Kompromißbereitschaft und Flexibilität an die politische und militärische Entwicklung anpaßten, habe »der Absolutheitsanspruch der ›realen‹ Interessen, die Ideologisierung und Erstarrung der Politik in einem System von Dogmen und Grundanschauungen« der »nationalen Opposition« den Blick für das politisch Durchsetzbare verstellt (S. 361). Guratzsch konstruiert hier einen Gegensatz zwischen Hugenberg und den

um ihn gruppierten rechtskonservativen Kreisen aus Wirtschaft, Politik und Wissenschaft einerseits und den im Wilhelminischen Deutschland herrschenden Schichten andererseits, der offenbar darauf beruht, daß er Unterstützung der Regierungspolitik und Interesse an der Aufrechterhaltung der gesellschaftlichen und ökonomischen Machtverhältnisse verwechselt. Hugenberg hat die Regierung Bethmann Hollweg und die politischen und wirtschaftlichen Kräfte, auf die sie sich stützte, doch nicht zuletzt deshalb bekämpft, weil sie das bestehende politische, soziale und wirtschaftliche System nur unzureichend zur Geltung zu bringen schienen.

Trotz solcher sich auf den theoretischen Interpretationsansatz beziehenden Kritik füllt Guratzschs Arbeit eine bisher z. T. nicht einmal klar erkannte Lücke. Mit Hugenbergs »Organisation« geraten jene sozial- und politikhistorisch wichtigen Vermittlungsinstanzen zwischen Kapitalinteressen und politischen Zielsetzungen des deutschen Kaiserreiches ins Blickfeld, deren weitgehende Ausblendung die Diskussion um die deutschen Kriegsziele vor und in dem ersten Weltkrieg in der deutschen Geschichtswissenschaft in den sechziger Jahren erschwerte.

Die Arbeit mit ihrem verschiedene traditionell getrennte Untersuchungsfelder (Konzernverflechtung, Presse, Verbände, Ministerialbürokratie u. a.) verklammernden Zugang kann deutlich machen, daß auch die traditionelle, vor allem auf quellenmäßige Rekonstruktion gerichtete Verfahrensweise historischer Forschung durchaus in der Lage ist, bei geeigneter Wahl des Gegenstands strukturerschließende Darstellungen zu ermöglichen.

Jutta Sywottek

Jürgen Reulecke, Die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt Barmen von 1910 bis 1925 (= Bergische Forschungen, Bd. 10), Verlag Ph. C. W. Schmidt, Neustadt an der Aisch 1973, 219 S., brosch., 16 DM.

Daß Geschichte auch etwas mit Quantitäten zu tun hat, daß Strukturen und Prozesse meßbare Größen bilden, ist eine Einsicht, die sich in Deutschland allmählich durchzusetzen beginnt. Große Verdienste in dieser Hinsicht gebühren dem Bochumer Lehrstuhl Wolfgang Köllmanns für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte/Demographie. Für die dort gepflegten und angeregten Forschungen ist weiter eine starke Berücksichtigung lokaler und regionaler Entwicklungen charakteristisch, die Überzeugung, daß die Anfänge der allgemeinen strukturwandelnden Prozesse und ihre unterschiedlichen Verlaufsformen im Rahmen einer räumlich begrenzten geschichtlichen Einheit am ehesten präzise und typenbeschreibend faßbar sind. Für beide methodischen Verfahrensweisen, die quantifizierende Analyse und den regionalen Zugriff, liefert die vorliegende Studie, die sich zeitlich an Köllmanns epochemachende Sozialgeschichte der Stadt Barmen im 19. Jahrhundert anschließt, thematisch sich aber auf die Wirtschaftsgeschichte beschränkt, ein höchst beachtenswertes Beispiel.

Im Sinne einer »Konkretisierung und Individualisierung des Typischen« will Reulecke zeigen, in welchen individuellen Formen typische Prozesse der allgemeinen deutschen Wirtschaftsgeschichte in einer fast ausschließlich durch die Industrie geprägten Großstadt verlaufen sind, welche »exogenen« Einflüsse der Kriegsverhältnisse und der Inflationszeit und welche »endogenen« Faktoren der stark spezialisierten Textilindustrie Barmens den ökonomischen Strukturwandel bestimmten. Mit anderen Worten: Hat die politische Ausnahme-situation des Weltkrieges die Entwicklung der Wirtschaftsregion in neue Bahnen gelenkt oder nur schon länger angelegte Trends beschleunigt und verstärkt? Die Barmer Textilwirtschaft, die den industriellen Ausbau und die Großstadtbildung Barmens in der Hochindustrialisierungsperiode entscheidend bestimmt hatte und 1907 noch immer 50,7 % aller Beschäftigten Arbeit bot, zeigte vor dem Krieg Merkmale der Stagnation. Ihre Abhängigkeit vom internationalen Rohstoffmarkt, von den Exportumsätzen der sogenannten Barmer